

«Baumdiebe kommen mit dem Auto»

Der Baselbieter Kantonsförster Ueli Meier über Weihnachtsbaumfrevler und Wilderer

Von Kurt Tschan

BaZ: Ist der Wald vor Weihnachten ein Selbstbedienungsladen, wo Bäume, Brennholz und Äste ungefragt gestohlen werden können?

Ueli Meier: Das Amt für Wald ist nur in ganz wenigen Fällen selber Bewirtschafter und damit höchstens indirekt mit der geschilderten Problematik betroffen. Diebstähle jeder Art, ob Brennholz oder Weihnachtsbäume, kommen immer wieder vor. Sie sind jedoch nicht jahreszeitspezifisch. Wir sprechen von Einzelfällen. Häufiger kommt es vor, dass die Förster gefragt werden, wo Äste selbst geholt werden können. In Allschwil kann man – gegen Bezahlung – seinen Weihnachtsbaum selber abschneiden.

Trotzdem stellen die Frevler ein Problem dar?

Es gibt keine detaillierten Erhebungen und darum kann ich auch keine Aussage zur Entwicklung machen. Es gibt im Augenblick aber keine Hinweise auf eine starke Zunahme. Die Problematik ist, wenn man von Problematik sprechen will, im unteren Baselbiet stärker. Der Diebstahl von Brennholz fällt stärker ins Gewicht. Das mag auch damit zusammenhängen, dass Sie heute für sehr wenig Geld Weihnachtsbäume im Grosshandel erhalten.

Was unternehmen die Forstbetriebe gegen Diebe?

Wie andersorts auch kommen die Diebe im Wald mit dem Auto. Das einfachste Mittel besteht also im Durchsetzen des Fahrverbotes im Wald, um die Transporte zu unterbinden. Auch deshalb nimmt die Anzahl an Barrieren und Absperrpfosten an stark frequentierten Waldwegen zu.

Wird der Diebstahl im Wald als Kavaliersdelikt betrachtet?

Kavaliersdelikt wäre ganz sicher der falsche Begriff. Wer einen Weihnachtsbaum oder Brennholz stiehlt, muss, wie bei einem Ladendiebstahl, mit einer Verzeigung rechnen. Und wird dabei im Wald ein Motorfahrzeug verwendet, gibt es eine zusätzliche Verzeigung wegen eines Verstosses gegen das Waldgesetz. Alleine die Verfahrensgebühren übersteigen dann den Kaufpreis eines auch sehr teuren Weihnachtsbaumes um ein Mehrfaches. Das ist wirksam genug. Ich sehe darum keinen Handlungsbedarf.

Führen Sie zu bestimmten Zeiten wie vor Weihnachten mehr Kontrollen im Wald durch?



Ein Straftatbestand. Wer den Wald als Selbstbedienungsladen sieht, muss mit einer Anzeige rechnen, sagt Kantonsförster Ueli Meier. Foto Nicole Pont

Die Antwort einer Aufsichtsbehörde zu dieser Frage lautet: Dazu können wir Ihnen aus taktischen Gründen keine Antwort geben.

Wie sieht das Problem mit Wilderern aus?

Im 2016 wurde im Baselbiet ein Fall bekannt, bei dem man davon ausgehen muss, dass Wilderer am Werk waren. Auch hier ist damit die Situation so, dass wir keinen Anlass zu gezielten Massnahmen sehen. Die amtliche und auch die soziale Aufsicht funktionieren gut.

Der Frevler soll sich früher gerne auch im Elsass bedient und Weihnachtsbäume über die Grenze geschmuggelt haben.

Mir persönlich ist kein Fall einer solchen Freveltat bekannt. Sie wäre übrigens nicht frevelhafter als ein Diebstahl in einheimischen Wäldern. Möglicherweise erleben die entsprechenden Täter oder Täterinnen dies als «heldenhafter». Es dürfte also eher der Reiz des Nicht-erwischt-Wer-

dens als die finanzielle Not sein, die zum Diebstahl verleitet.

Was passiert überhaupt, wenn Sie einen Weihnachtsbaumdieb in flagranti fassen sollten?

Es handelt sich um einen Straftatbestand und dieser wird auf Anzeige

«Klimatisch war das Jahr für den Wald eine rechte Berg- und Tal-Fahrt.»

des oder der Geschädigten verfolgt. Die Walderhaltung, und das ist die Aufgabe des Kantons, ist durch solche Machenschaften nicht gefährdet. Da beunruhigen uns das Eschentriebsterben, der Klimawandel, der zunehmende Freizeitbetrieb verbunden mit vermehrtem Littering und sinkender Respekt gegenüber der Natur stärker. **Das Forstjahr 2016 neigt sich dem Ende zu. Welche Bilanz ziehen Sie?**

Für die Waldeigentümer war auch 2016 bezüglich der Ertragsituation aus dem Holzverkauf ein schwieriges Jahr. Das hat mit den Zwangsnutzungen (Sicherheitsprobleme) bei den Eschen zu tun, mit generell tiefen Holzpreisen, und zunehmend gerät auch der Energieholzpreis unter Druck.

Klimatisch war das Jahr für den Wald eine rechte Berg- und Tal-Fahrt.

Ja. Im April gab es einen Spätfrost, der in den mittleren und oberen Lagen des Kantons zu einem Laubverlust bei vielen Buchen geführt hat. Der nasse Frühsommer war für den Wald sicher ein Segen und hat mitgeholfen, dass der trockene und warme Sommer nicht zu einem allzu grossen Problem wurde. Nicht zuletzt darum konnten wir auf den Erlass eines Feuerentfachungsverbotess verzichten. Geprägt war das Jahr durch einen sehr starken Fruchtbehang bei den Buchen. Darüber freuen sich die Wildschweine und, wer weiss, vielleicht werden wir im Winter wieder den Einzug grosser Bergfinkenschwärme erleben.

Immer wieder ist zu hören, dass für die Waldpflege eine Gebühr erhoben werden soll. Ist dieses Thema noch aktuell?

Der Begriff Gebühr ist ganz sicher der falsche, vor allem, wenn er mit der Vorstellung verbunden ist, dass am Waldeingang ein Kassenhäuschen aufgestellt wird oder der Waldbesuch mit dem Erwerb einer Vignette erkaufte werden muss. Und es geht auch nicht um die Waldpflege per se. Sondern es geht darum, dass die Waldeigentümer Leistungen zugunsten der Öffentlichkeit und der Waldbesucher erbringen.

Und diese Leistungen sollen abgegolten werden?

Das ist zum Beispiel beim Schutz vor Naturgefahren oder im Bereich des Waldnaturschutzes bereits der Fall. Diese Leistungen werden durch den Kanton abgegolten. Noch etwas unklarer sieht dies bei den Leistungen zugunsten Freizeit und Erholung aus. Hier sind gemäss Waldgesetz die Einwohnergemeinden die «Besteller» und damit die Verhandlungspartner der Waldeigentümer. Allerdings habe ich den Eindruck, dass man auch hier auf einem guten Weg ist. In vielen Gemeinden sind Verhandlungen, wenn nicht schon abgeschlossen, dann immerhin im Gang. Zu verhandeln gibt es nicht nur den Preis oder den Wert der Leistung, sondern auch deren Art und Umfang.

Einmütigkeit in Liestals Finanzpolitik

Budget 2017 oppositions- und fast diskussionslos genehmigt

Von Thomas Gubler

Liestal. Der Liestaler Stadtpräsident und Finanzchef Lukas Ott hatte die Stimmung im Einwohnerrat an der Sitzung vom Mittwochabend zum Budget und zum Jahresprogramm 2017 zweifellos richtig eingeschätzt: «In Liestal herrscht Konsens über die Finanzpolitik», sagte Ott in seinem Einführungsvotum. Und er liess durchblicken, dass dies zum Erfolgsrezept von Liestal gehört. Und zu diesem Konsens gehöre, dass man auch eine Durststrecke aushalten müsse, zumal die Gründe dafür bekannt seien.

Der Liestaler Einwohnerrat behandelte am Mittwoch den zweiten oder mittleren von drei im Finanzplan vorgesehenen roten Voranschlägen. Nach dem tiefroten Budget 2016 mit einem Defizit von knapp zwei Millionen sieht es für 2017 wieder etwas besser aus. Bei einem Nettoaufwand von 45,977 Millionen und einem Nettoertrag von 45,366 Millionen resultiert ein negativer Saldo von 611 000 Franken. Dieser fällt wesentlich geringer als im Vorjahr aus, der Finanzplan 2016–2020 hatte noch ein Defizit von 888 000 Franken für 2017 vorgesehen.

Bekannt Gründe

«Wir kennen die Ursachen. Es sind dies die ausserordentlich hohen Aufwände bei der Sozialhilfe und im Asylwesen sowie bei der Spitex», sagte Ott. Immerhin sei aber bei den Sozialhilfekosten wieder eine Stabilisierung festzustellen. Der Stadtpräsident hob jedoch hervor, dass im Jahr 2014 nicht weniger als 28 Prozent der kantonalen Zunahme bei den Sozialhilfefällen auf Liestal entfielen, 2015 noch 27 Prozent. Das stecke diese Stadt nicht einfach weg. «Wir stellen die Sozialhilfe nicht infrage, aber die mangelnde Solidarität im Kanton», sagte Lukas Ott. Man werde daher nächstes Jahr versuchen, diese Solidarität auf drei Gebieten – Ausgleichsinitiative, Härtefall-Fonds und Fairness-Initiative – einzufordern.

Eine eigentliche Diskussion im Rat fand anschliessend nicht statt. Man war sich – wie Lukas Ott vorausgesehen hatte – fraktionsübergreifend einig. Der Voranschlag 2017, das Jahresprogramm 2017, das Belassen des Steuerfusses bei 65 Prozent und der Verzicht auf einen Teuerungsausgleich für das Personal wurden ohne Gegenstimme durchgewunken.

Gutgeheissen hat der Einwohnerrat auch eine Übergangslösung für eine weitere Leistungsvereinbarung mit dem sich in finanzieller Schieflage befindenden Sport- und Volksbad Gitterli AG. Dies allerdings vorerst nur um ein weiteres Jahr, damit diese Zeit genutzt wird, um eine breitere abgestützte längerfristige Lösung zu finden. Weiter soll das Bad von der Stadt ein Darlehen in der Höhe von 775 000 Franken erhalten. Nach dem eindringlichen Votum von Bildungstadtrat Dani Muri («Ich kenne kein Bad, das eine Rendite abwirft.»), wurde auch diese Vorlage ohne Gegenstimme gutgeheissen.

Zum ersten Mal seit langer Zeit gab es im Einwohnerrat bei der Behandlung eines Quartierplans wieder kritische Stimmen – und zwar grundsätzliche in Bezug auf die Liestaler «Wachstumsstrategie». So wurden beim Quartierplan «Grammet» mit 168 vorgesehenen Wohnungen und Projektkosten von 76 Millionen Franken Fragezeichen insbesondere hinter der dezentralen Lage im «Heidenloch» angebracht. Einer der beiden Investoren ist übrigens die Bürgergemeinde Liestal.

Glückwunsch

90. Geburtstag

Allschwil. Unser langjähriger BaZ-Abonnent **Marcel Dreher** darf sich heute über seinen hohen Geburtstag freuen. Zu diesem schönen Anlass gratulieren wir ihm herzlich und wünschen ihm alles Gute für das neue Lebensjahr. gratulationen@baz.ch

Keine zentralen Daten vorhanden

Schüler mit Allergien

Liestal. Die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion weiss nicht, wie viele Kinder mit welchen schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen an den Primarschulen des Kantons Baselland beschult werden und welche Ressourcen dafür nötig sind. Dies schreibt der Regierungsrat in der Antwort auf eine Interpellation von SP-Landrat Thomas Bühler. Dieser hatte seinen Vorstoss eingereicht, nachdem die Einschulung von zwei Kindern mit einer starken Nussrespektive Erdnussallergie sehr viel zu reden gab, speziell in den Medien.

Ein Monitoringsystem in dem Sinne, dass Schülerinnen und Schüler mit einer chronischen Erkrankung durch die Schulen gemeldet und kantonal erfasst werden, existiere nicht, schreibt der Regierungsrat. Sowohl der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion als auch der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion seien nur jene Fälle bekannt, die ihnen von den Schulen individuell gemeldet würden. Einzelne Schulen seien bisher von den beiden Direktionen bezüglich Diabetes, Bienenstichallergien, Nussallergien oder schwerer Herzfehler beraten worden. Ein Vereinbarung zwischen Erziehungsberechtigten, Schulen, Lehrpersonen und behandelnder Ärzteschaft wurde erst in einem Fall ausgearbeitet, eine zweite stehe kurz vor dem Abschluss. mv

50 Plätze für Rotary



Im fliegenden Klassenzimmer. Jeweils 50 Menschen bietet der Rotary Club Bottmingen-Birseck die Möglichkeit, an acht attraktiven Veranstaltungen teilzunehmen. Zum Auftakt der Benefizaktion besuchten 50 Teilnehmer des Projekts «Sonntagszimmer» die Premiere «Das fliegende Klassenzimmer» im Theater Basel. Kinder aus den verschiedensten Nationen hatten ihre helle Freude und liessen sich noch so gern verwöhnen. Das «Sonntagszimmer» ist ein sozialdiakonisches Projekt der evangelisch-reformierten Kirche. F.E. Foto Hanspeter Martin